

Foto: V. Di Pino



Liebe Freundinnen und Freunde der Freiheit,

das Jahr 2020 hat für uns eine besondere Bedeutung, da unser Förderverein für die Rastatter Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte sein 25-jähriges Bestehen begehen kann. An dem letzten Wochenende im September werden wir diesen Anlass gemeinsam feiern. Es ist uns durch persönliche Kontaktaufnahme gelungen, hierzu den ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck als Festredner zu gewinnen. Joachim Gauck kennt Rastatt und die Erinnerungsstätte aus mehreren Besuchen. Der ehemalige Bundespräsident betont in seinen öffentlichen Auftritten immer wieder, wie er sich mit unseren Anliegen und dem Wert der FREIHEIT verbunden fühlt. Es ist für den Förderverein und für unsere Stadt eine große Ehre, dass er unserem Jubiläum durch seinen Besuch einen besonderen Glanz verleiht.

Wir wollen in diesem Jahr mit unseren Veranstaltungen wieder demokratiegeschichtliche Themen aufgreifen und in den öffentlichen Diskurs einbringen. Dabei gibt es Rückenwind aus Berlin, denn der Bundestag hat im Oktober 2019 eine dauerhafte Förderung der Erinnerungsarbeit zur Demokratiegeschichte beschlossen. Nicht unbeteiligt an dieser Entscheidung war die *Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte*, bei der der Förderverein Gründungsmitglied ist und in der sich bundesweit inzwischen rund 50 Organisationen zusammengeschlossen haben. Unterstützte schon bei der Gründung im Juni 2017 in Berlin Staatsministerin Mo-

nika Grütters diese Initiative, so stellt der Bundestagsbeschluss einen Meilenstein für diese Erinnerungsarbeit dar. In diesem Jahr wollen wir auch die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft in Rastatt ausrichten.

Zu unserer großen Freude ist seit Ende des vergangenen Jahres Frau Dr. Elisabeth Thalhofer aus dem Mutterschaftsurlaub zurück und hat die Leitung der Erinnerungsstätte wieder übernommen. Unterstützt wird sie derzeit auch noch von Dr. Andrej Bartuschka, der sie während ihrer Abwesenheit vertreten hatte. Mit ihm und den anderen Mitarbeitern des Bundesarchivs in Rastatt haben wir in der Vergangenheit gut zusammenarbeiten können und sind ihnen zu Dank verpflichtet.

Wir wollen weiter unserer Aufgabe nachkommen und einen aktiven Beitrag in der Vermittlung und Stärkung des Geschichtsbewusstseins auch durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit leisten. Wir hoffen, dass unser Freiheitsbote Ihnen einen Einblick in die Themenschwerpunkte gibt, die im letzten Jahr von besonderem Interesse waren. Nehmen Sie dies zum Anlass, für unsere Arbeit zu werben und uns durch das Beitrittsformular in diesem Heft auch neue Mitglieder zuzuführen.

Gunter Kaufmann, Prof. i.R.,
Vorsitzender des Fördervereins
Dr. Clemens Rehm,
ehrenamtlicher Geschäftsführer

Was ist eigentlich „das Volk“?

Ein umstrittener Begriff im Wandel der Zeiten

Zehnte Carl-Schurz-Vorlesung mit Peter Brandt

Seit 2010 laden die Stadt Rastatt, der Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte und das Bundesarchiv als Träger der Erinnerungsstätte jährlich zur Carl-Schurz-Vorlesung ein. Mit dieser Veranstaltung wird an das Ende der Revolution am 23. Juli 1849 erinnert, als badische Soldaten und Revolutionäre vor der preußischen Übermacht kapitulieren mussten. Carl Schurz gelang die Flucht. Er emigrierte in die USA, wo er als Redakteur und Anwalt arbeitete, im Amerikanischen Bürgerkrieg als General der Nordstaaten kämpfte und 1877 sogar US-Innenminister wurde.

Für das zehnjährige Jubiläum konnte Prof. Dr. Peter Brandt von der FernUniversität in Hagen als Redner gewonnen werden. Der Historiker und Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung referierte zum Thema „Was ist eigentlich ‚das Volk‘? Ein umstrittener Begriff im Wandel der Zeiten“.

Bürgermeister Raphael Knoth würdigte in seiner Begrüßung das Erbe der Revolutionäre von 1848/49 und verband damit den Appell, ihre Werte zu schützen. Der Vorsitzende des Fördervereins der Erinnerungsstätte, Prof. Gunter Kaufmann, betonte, dass sich das demokratische Gedankengut von damals langfristig durchgesetzt habe, die errungene Freiheit aber nicht als selbstverständlich angesehen werden dürfe und weiterhin verteidigt werden müsse. Dr. Edgar Büttner, der Leiter der Abteilung Grundsatz und Wissenschaft im Bundesarchiv, wies auf die schwierige, gleichwohl wichtige Auseinandersetzung mit dem Begriff „Volk“ hin, der immer wieder anders gedeutet und von verschiedenen Gruppen in ihrem Sinn instrumentalisiert wurde.



Prof. Dr. Peter Brandt erhält beim Publikum viel Zustimmung für sein Referat.

Foto: R. Wollenschneider

Brandt schlug in seinem Vortrag den Bogen von der Entstehung des Begriffs in der Antike bis zur Gegenwart. Politische Bedeutung gewann der Begriff in der Neuzeit – in Deutschland vor allem nach der Französischen Revolution, als sich die Nationalbewegung vor allem gegen die Vorherrschaft Napoleons formierte, nach dessen Niederlage aber von den deutschen Fürsten als eine Bedrohung ihres Herrschaftsanspruches gedeutet und unterdrückt wurde. Doch weder die Repression noch das weitgehende Scheitern der deutschen National- und Freiheitsbewegung in der Revolution von 1848/49 verhinderten, dass „Volk“ – verstanden als Staatsvolk – zum Synonym für Nation wurde. Anfangs vor allem in progressiven, eher „linken“ Kreisen verwendet, eigneten sich bald alle politischen Lager den Begriff an. Das Adjektiv „völkisch“ wurde allerdings von Anfang an mit einer antisemitischen Konnotation verwendet. Der Gebrauch und Missbrauch des Begriffs durch die Nationalsozialisten, deren „Volksgemeinschaft“ auf der Ausgrenzung, ja Vernichtung der als nicht zum „Volkkörper“ zugehörig oder für diesen als „nutzlos“ definierten Menschen basierte, trage maßgeblich zu dem gebrochenen Umgang mit dem Begriff heute bei.

Entgegen der von einzelnen politischen Parteien benutzten Deutung des Begriffs „Volk“ seien die Völker Europas immer durch Migration und Wandel geprägt worden – ein genetisch einheitliches „Volk“ oder einen unwandelbaren „Volkscharakter“ habe es niemals gegeben. Nationale Einzelstaaten würden einer voranschreitenden europäischen Integration keineswegs entgegenstehen, sondern könnten vielmehr ein integraler Bestandteil der Union sein: „Nur im Zusammenschluss werden die Nationalstaaten Europas weiterhin ihrer demokratischen und Schutzfunktion gerecht.“

Gemeinsame Kultur entstehe nicht durch die Gene, sondern durch Erziehung und Sozialisation. Bezüglich der Zuwanderung der letzten Jahre warnte Brandt allerdings davor, „gettoisierte Parallelgesellschaften“ hinzunehmen. Einwanderer müssten auch die Bereitschaft zeigen, die positiven Traditionen der deutschen Geschichte zu akzeptieren – wie auch den Umgang mit deren schwerem Erbe.

Trotz der hochsommerlichen Temperaturen folgten über 120 Besucherinnen und Besucher im vollbesetzten Ahnensaal des Residenzschlosses Rastatt gespannt dem Vortrag, an den sich eine lebhaft Diskussions anschloss.

Dr. Andrej Bartuschka

Aus dem Inhalt

Zehnte Carl-Schurz-Vorlesung	2
Vortrag zu 100 Jahre Frauenwahlrecht	3
Vortrag zu Friedrich Ebert	4
Sonderausstellung „Volunteers4Europe“	5
Sicherheitspolitischer Workshop	6
Sonderausstellung zum Elysee-Vertrag	7
Vortrag zu Heinrich Heine	8
Aktionstage	9
Vortrag und Zeitzeugengespräch	10
Jahresausflug des Fördervereins	12
Nachruf Hildegard Huiskens	13
Bericht von der Jahreshauptversammlung 2019	14
Vortrag zu Badische Revolutionäre	15
Notizen	16
Orte der Demokratiegeschichte	18
Freiheitskolumne	19
Terminhinweise / Beitrittsformular	20

Titelfoto: Das Team der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte (Uwe Schroe-der, Dr. Elisabeth Thalhofer, Dr. Andrej Bartuschka, Alexander Danner, Martina Schinke, Celal Erden v.l.)

„Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament und zum Volke sprechen darf.“

Vortrag zu 100 Jahre Frauenwahlrecht

Anlässlich des Internationalen Frauentages lud die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte am 8. März 2019 zum Vortrag „100 Jahre Frauenwahlrecht“ von Prof. Dr. Sabine Liebig, Pädagogische Hochschule Karlsruhe, ein. Am Beispiel berühmter Frauenrechtlerinnen schilderte sie den Kampf für Gleichberechtigung und Chancengleichheit:

Nach ersten Impulsen während der Französischen Revolution, die allerdings bei männlichen Revolutionären auf wenig Zuspruch stießen, gewann der weltweite Kampf der Frauen für mehr Rechte, für den Zugang zu Bildung, Berufen und Wahlen im 19. Jahrhundert an Schlagkraft. Die (meist männlichen) Gegenargumente waren immer dieselben: die angeblich geringere Intelligenz und größere Irrationalität der Frauen sowie der drohende Verlust ihrer „natürlichen“ Weiblichkeit.

In Deutschland setzte sich Hedwig Dohms bissige Streitschrift „Was die Pastoren über Frauen denken“ 1872 mit derartigen Vorurteilen auseinander. Die Autorin stellte treffsicher fest: „Die Überlegenheit der Frau nimmt der Mann fast immer als persönliche Beleidigung auf“ und kam zu dem Schluss: „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun.“ Die Sozialdemokratin Lily Braun spottete 1894: „... Ich kann freilich nicht einsehen, dass eine Frau, die ihren Zettel in die Wahlurne wirft, die ‚Weiblichkeit‘ mehr gefährdet als eine andere, die Steine karrt.“ Tatsächlich nahm in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg nur die SPD das Frauenwahlrecht in ihr Programm auf. Dagegen standen Organisationen wie der 1912 gegründete „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ unter dem Motto „Dem Mann der Staat, der Frau die Familie“.

Allerdings war die Frauenbewegung keineswegs geschlossen. Neben „Gemäßigten“, die sich das Frauenwahlrecht „verdienen“ wollten, gab es „Radikale“, die es als Menschenrecht einforderten. In England kam es zu handfesten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Proletarische Frauen, zu deren Sprecherinnen Clara Zetkin gehörte, waren häufig nicht auf einer Linie mit bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die teilweise das Klassenwahlrecht befürworteten.

Während international Neuseeland (1893) und in Europa Finnland (1906) bei der Einführung des Frauenwahlrechts vorangingen, brauchte es in Deutschland laut Professorin Liebig den Zusammenbruch des Kaiserreiches und die Forderung der alliierten Siegermächte nach einer Demokratisierung, damit am 19. Januar 1919 endlich auch im Deutschen Reich Frauen wählen und gewählt werden konnten. Endgültig festgeschrieben wurde das Frauenwahlrecht in Artikel 22 der Weimarer Verfassung, wobei die Formulierung „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte ...“ Raum für Einschränkungen ließ. In Baden hatten die Frauen schon zwei Wochen zuvor gewählt. Hier setzte die Abgeordnete Marianne Weber durch, dass alle Staatsbür-



Professorin Sabine Liebig zeigt sich mit der Resonanz auf ihren Vortrag zufrieden.

Foto: A. Danner (BArch)

ger „ohne Unterschied des Geschlechts“, also ohne Möglichkeit einer späteren Einschränkung wahlberechtigt waren.

Auf Antrag der DDP-Abgeordneten Marie Baum definierte die Weimarer Verfassung die Ehe als auf der Gleichheit der Geschlechter basierend. Auch das „Beamtinnenzölibat“ wurde 1919 beseitigt, demzufolge diese im Falle ihrer Heirat aus dem Berufsleben ausscheiden mussten und meist auch die Pensionsansprüche verloren. Frau Liebig betonte allerdings, dass trotz der juristischen Gleichberechtigung der Frauen die Politik, Wirtschaft und Verwaltung weiterhin von Männern dominiert wurden. Das Wirkungsfeld der politisch aktiven Frauen sei meist auf soziale Aufgaben beschränkt geblieben, die den angeblich „typisch weiblichen Fähigkeiten“ entsprachen. Die Zahl der Frauen in den politischen Gremien sank in den folgenden Jahren kontinuierlich. Den Anteil, den weibliche Abgeordnete 1919 im Reichstag stellten, erreichte der Deutsche Bundestag erst in den 1970er Jahren.

Die meisten Länder Europas führten erst nach dem Zweiten Weltkrieg das Frauenwahlrecht ein. Wie in Deutschland sei dies mit einer Demokratisierung für die gesamte Bevölkerung einhergegangen, konstatierte Frau Liebig, was noch einmal die Bedeutung des Kampfes für das Frauenwahlrecht unterstreiche. Angesichts antifeministischer Parolen von „Gendergedöns“ oder „Gendermainstreaming ist intellektueller Wohlstandsmüll“ sei es deshalb umso wichtiger, sich gegen diejenigen zu wehren, die die Uhr zurückdrehen und die erreichten demokratischen Errungenschaften zerstören wollten.



Plakat Frauenwahlrecht, Januar 1919

Quelle: BArch, Plak 002-002-002

Dr. Andrej Bartuschka

Friedrich Ebert

und die Gründung der Weimarer Republik

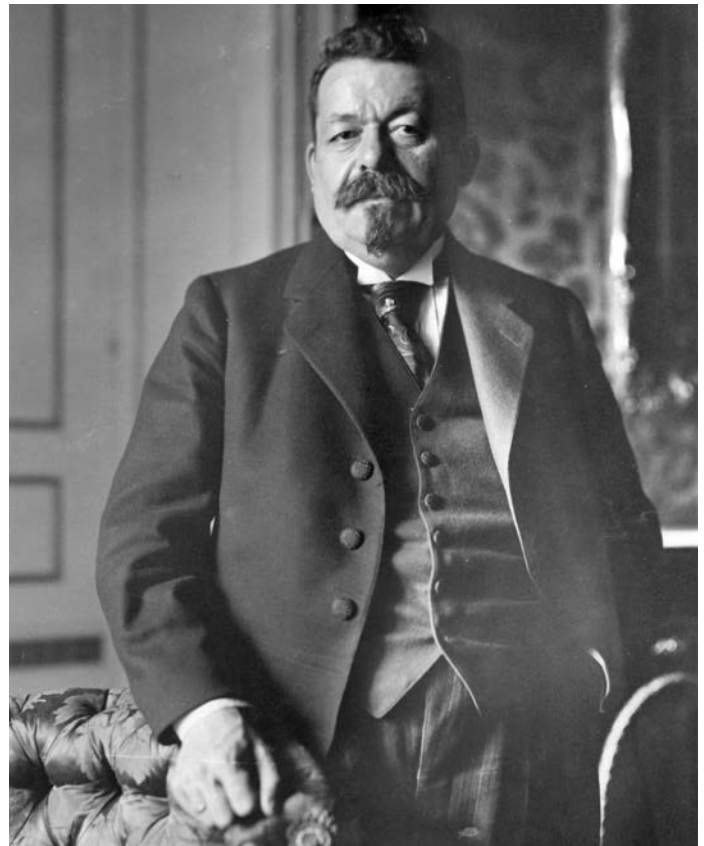
Vortrag von Walter Mühlhausen

Zum Abschluss der von November 2018 bis April 2019 laufenden Sonderausstellung „Weimar – Die erste deutsche Demokratie“ hatte die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte am 2. April 2019 Prof. Dr. Walter Mühlhausen eingeladen. Der Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg zeichnete in seinem Vortrag ebenso spannend wie informativ das facettenreiche Porträt eines der Gründerväter der ersten deutschen Demokratie.

Im Mittelpunkt des Vortrags stand Eberts entscheidende Rolle in der Novemberrevolution und der Frühphase der Weimarer Republik. Am 9. November 1918 vom letzten kaiserlichen Reichskanzler Prinz Max von Baden zu dessen Nachfolger bestimmt, übernahm er politische Verantwortung in einer äußerst schwierigen Situation, die ihn auch zum Konkursverwalter des zusammengebrochenen Systems machte. Beseelt von demokratischen Grundüberzeugungen und dem Glauben an Reformen, lehnte er ein Revolutionsregime ab. Sein Ziel war eine parlamentarische Demokratie und als erster Schritt dahin die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Der von Ebert geführte Rat der Volksbeauftragten stand Professor Mühlhausen zufolge vor größeren Herausforderungen als jede andere deutsche Regierung der jüngeren Vergangenheit: die militärische Niederlage, unnachgiebige Sieger, eine katastrophale Versorgungslage. Um wirtschaftliches und soziales Chaos und revolutionäre Gewalt zu verhindern, setzte Ebert auf die Kooperation mit den alten Verwaltungseliten und der Heeresführung – eine Entscheidung, die bis heute umstritten bleibt. Wiederholte linke Aufstandsversuche und deren brutale Niederschlagung durch regierungstreue Truppen und rechte Freikorps vertieften die Kluft in der Arbeiterbewegung. Ebert wurde vorgeworfen, die Arbeiterklasse verraten zu haben.

Bereits der Rat der Volksbeauftragten führte weitreichende politische und soziale Reformen durch: u.a. das freie und gleiche Wahlrecht für Männer UND Frauen, die Abschaffung der Zensur und den Achtstundentag. Nur drei Monate nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und trotz der innenpolitisch instabilen Lage wurde im Deutschen Reich erstmals nach dem neuen Wahlrecht gewählt. Dass dann bereits im Juli 1919 eine neue, freiheitliche Verfassung beschlossen wurde, war auch ein Verdienst Eberts, der der erste Reichspräsident der Weimarer Republik wurde.



Friedrich Ebert als erster Präsident der Weimarer Republik, ca. 1922 – 1925

Quelle: BArch, Bild 146-2004-0097

In seinem neuen Amt verstand sich Ebert laut Professor Mühlhausen als Hüter der Verfassung und Bewahrer der demokratischen Ordnung, der auch Regierungsentscheidungen mittrug, mit denen er nicht einverstanden war. Obwohl auch er die harten Bedingungen des Versailler Vertrags ablehnte, setzte Ebert alles daran, die für die Zustimmung nötigen Mehrheiten zu mobilisieren. Dass er den Friedensvertrag akzeptierte, brachte ihm von Rechts den Vorwurf des „Landesverrates“ ein. Bis zu seinem frühen Tod 1925 musste Ebert mit einer breiten Verleumdungskampagne kämpfen, die ihn auch gesundheitlich belastete.

Die sich an den Vortrag anschließende lebhafte Diskussion zeigte, wie kontrovers die Rolle Friedrich Eberts sowie tatsächliche oder vermeintliche Versäumnisse und „verpasste Chancen“ der Novemberrevolution bis heute gedeutet werden.

Dr. Andrej Bartuschka



Dem Vortrag von Prof. Dr. Walter Mühlhausen schließt sich eine lebhafte Diskussion an.

Foto: A. Danner (BArch)

Solidarität als Grundlage der modernen Gesellschaft

Sonderausstellung „Volunteers4Europe – Freiwillige in Aktion“



Mitglieder des Projektes „Volunteers4Europe“ und der präsentierten Freiwilligenorganisationen mit Rettungshund Finn

Foto: R. Wollenschneider

Mit einem klaren Bekenntnis zur Solidarität als Grundprinzip der Demokratie und der Europäischen Union eröffnete am 16. April 2019 eine beeindruckende Fotoausstellung in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte. Entsprechend groß war der Besucherandrang bei der Vernissage der von der Europäischen Fotoakademie in Rastatt in Kooperation mit internationalen Partnern eröffneten Sonderausstellung „Volunteers4Europe – Freiwillige in Aktion“.

Im Obergeschoss der Erinnerungsstätte, in der Stadtbibliothek und im Neuen Rathaus zeigten mehr als 60 eindrucksvolle Bildreportagen die Freiwilligenarbeit in verschiedenen europäischen Staaten.

Dass freiwilliges bürgerschaftliches Engagement auch in Rastatt und Umgebung großgeschrieben wird, bewiesen unter anderem Fotos von einem Hallenfußballturnier mit Handicap, Aufnahmen von der Seniorenarbeit im Tanzcafé „Offene Tür“, von Bundesfreiwilligen bei der Seniorenarbeit, dem „Vogeldoktor“ Pierre Fingerhann oder eine Bildreportage zur Arbeit der Rettungshundestaffel des DRK Achern/Bühl. Diese wurde bei der Vernissage von Christian Busch mit seinem Rettungshund Finn repräsentiert.

Der kommissarische Leiter der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, Dr. Andrej Bartuschka, lobte das ehrenamtliche Engagement, ohne das eine moderne freiheitlich-demokratische Gesellschaft kaum vorstellbar wäre. Dazu betonte Bürgermeister Arne Pfirrmann, dass die ge-

zeigte und gelebte Solidarität „unerlässlich für ein friedliches Zusammenleben“ sei. Und weiter: „Eine unsolidarische Gesellschaft ist anfällig. Darum gibt es diese bildlich-vorbildliche Dokumentation.“ Diese Aussage bekräftigte auch Gunter Kaufmann für den Förderverein der Erinnerungsstätte.

Eindrucksvoll waren auch die Einblicke, die die aus anderen europäischen Ländern angereisten Vertreter der im Rahmen des Projektes „Volunteers4Europe“ präsentierten Freiwilligenorganisationen in ihre Arbeit gewährten. Dazu gehörten Ruta Pels von „People für People“ (Estland), Paul Smulsky von „Mitra“ (Frankreich), Annamaria Castellan von „Aquamarina Associazione Culturale“ (Italien) und Yulia Usova von „More Mosaic“ (Schweden). Matthias Gessler und Dr. Ruth Schmelzer berichteten über die Arbeit der Fotoakademie in Rastatt für „Volunteers4Europe“. Sie bedankten sich bei „diesen fantastischen Menschen für ihren unermüdlichen Einsatz. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft ein armseliges Konstrukt.“

Informationen über die zahlreichen Aktivitäten und Angebote des internationalen Projektes finden sich unter www.volunteers4europe.eu, was auch ein E-book mit den Aufnahmen der Fototeams beinhalten soll.

Rainer Wollenschneider

Sicherheitspolitischer **Workshop** in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte

Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags

im Gespräch mit Referendarinnen und Referendaren



Die Teilnehmenden des Sicherheitsworkshops vor der Erinnerungsstätte, v. r.: Thomas Hitschler, Patrick Hehmann, Wolfgang Sinz und Tobias Lindner, v. l.: Prof. Björn Schumacher und Dr. Andrej Bartuschka

Fotos: R. Wollenschneider

Erstmals in der Geschichte der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte fand am 2. Juli 2019 ein Sicherheitspolitischer Workshop statt. Daran nahmen 30 gymnasiale Referendarinnen und Referendare teil. Der Workshop-Organisator Wolfgang Sinz wurde dabei tatkräftig von Björn Schumacher und Ingo Brömel vom Ludwig-Wilhelm-Gymnasium und dem Team der Erinnerungsstätte unterstützt.

Im Rahmen des Workshops stellten sich mit Thomas Hitschler (SPD) und Tobias Lindner (Bündnis90/Die Grünen) zwei dem Verteidigungsausschuss angehörende Bundestagsmitglieder zusammen mit dem Bundeswehr-Jugendoffizier Patrick Hehmann den Fragen der Referendarinnen und Referendare.

Auf eine Führung durch die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte folgten Gruppengespräche und eine Podiumsdiskussion zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik im 21. Jahrhundert. Dabei ging es unter

anderem um den Platz der Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft und in Europa, um aktuelle Probleme und Aufgaben der Streitkräfte, den Sinn und die Bedeutung von Auslandseinsätzen und die Problematik von Waffenexporten.

Lebhaft diskutiert wurde die Frage, ob Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Schulunterricht eingeladen werden sollten. Hauptmann Patrick Hehmann betonte, dass diese Offiziere keine Werber sondern Informationsvermittler seien. Gerade die Möglichkeit zu einem von Lehrkräften begleiteten, kritischen und reflektierten Dialog mache den Wert solcher Veranstaltungen aus. Die Bundestagsabgeordneten Tobias Lindner und Thomas Hitschler bekräftigten, dass derartige Begegnungen dazu beitragen könnten, den Charakter der Bundeswehr als eine aus Staatsbürgern gebildete Parlamentsarmee zu sichern.

Angesprochen auf die Rolle der Bundeswehr in Europa antwortete Thomas Hitschler: „Ich will dieses europäische Projekt einer europäischen Armee mit dem Konzept von 2013 wachsen sehen, auch in der Zeit eines wachsenden Nationalismus.“

Ein Blick auf zukünftige Konfliktfelder der deutschen Außenpolitik schloss die Diskussion, aus der die Referendarinnen und Referendare zahlreiche Impulse für ihren künftigen Unterricht mitnahmen.

Rainer Wollenschneider

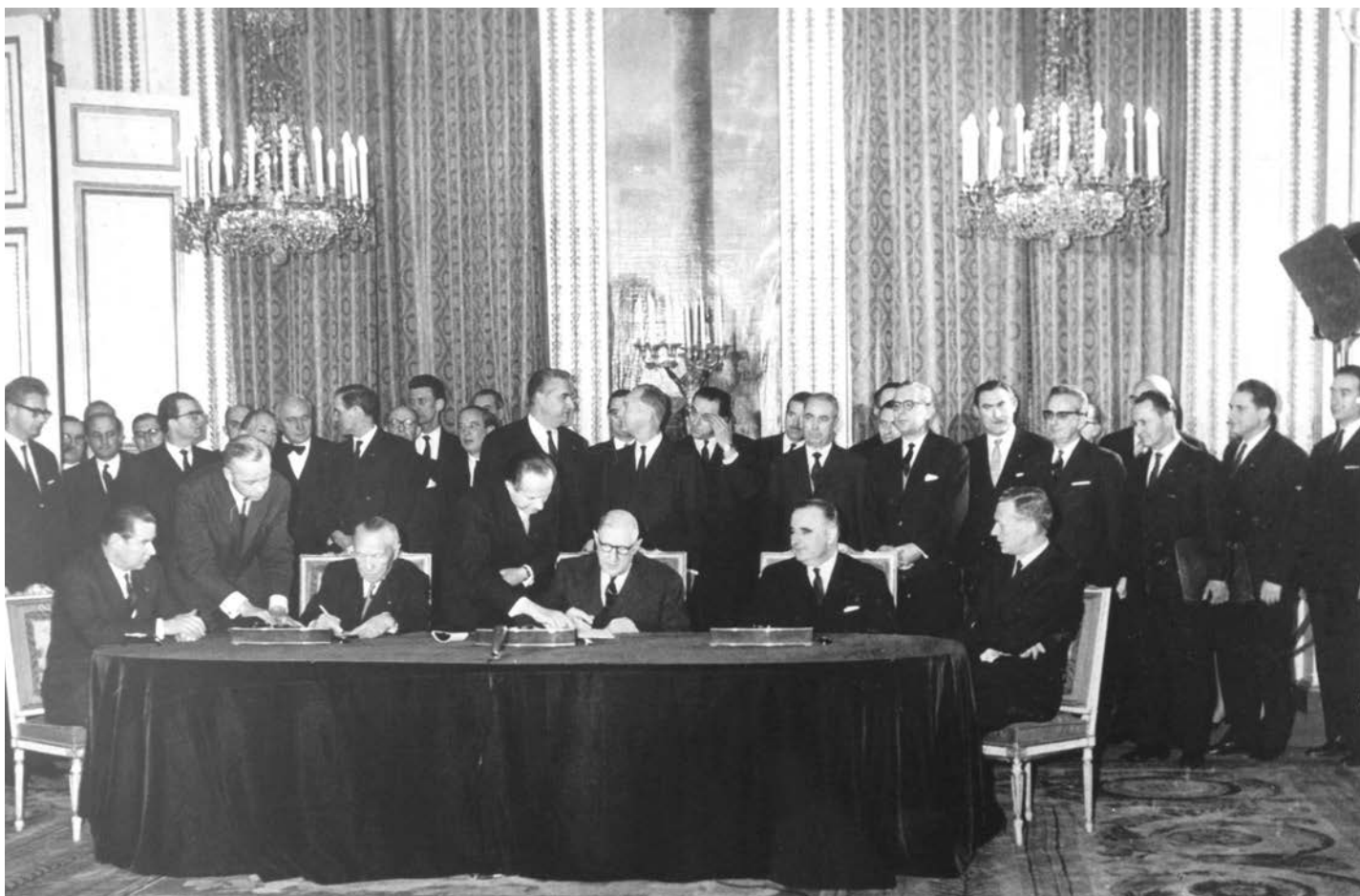


Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten

„Zwei Völker versöhnen sich.“

Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag von 1963

Eine Sonderausstellung der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte



Unterzeichnung des Elysee-Vertrages, 22. Januar 1963

Quelle: BArch, B145 Bild-P106816

Inspiziert durch das Themenjahr „Ziemlich gute Freunde. Frankreich und der deutsche Südwesten“ der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg erinnerte im September und Oktober 2019 eine Sonderausstellung in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte an zwei Staatsmänner, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundlage für die deutsch-französische Freundschaft legten. Beide Männer hatten die gleiche Vision: ein starkes Europa, aufbauend auf der Versöhnung ihrer beiden Nationen. Obgleich sie teilweise unterschiedliche außenpolitische Ziele hatten, verfolgten sie dieses Zukunftsbild eines friedlichen Miteinanders ungeachtet aller Schwierigkeiten und trotz oder gerade wegen der sehr spannungsreichen Beziehungen der beiden Nachbarländer und den Wunden, die die Weltkriege und die deutsche Besatzung Frankreichs geschlagen hatten.

Für Adenauer war bereits nach dem Ersten Weltkrieg die Verständigung mit dem Nachbarn im Westen ein wichtiges Anliegen, das er auch nach seiner Ernennung zum ersten Bundeskanzler in vielen Begegnungen weiterverfolgte. Gleichzeitig war für ihn allerdings eine enge Bindung an die USA die entscheidende Voraussetzung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im „Kalten Krieg“. Mit Frankreich hatte er ein „Gentlemen's Agreement“ im Sinn, wie aus Unterlagen des Bundeskanzleramtes über seine Gespräche mit de Gaulle hervorgeht. Damit löste Adenauer allerdings einen heftigen Streit zwischen den „Atlantikern“ und den „Gaullisten“ in der Bonner Regierung aus.

Der französische Staatspräsident de Gaulle, der im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gegen die deutschen Angreifer gekämpft hatte, dachte hingegen an ein „solidarisches Arrangement zwischen Frankreich und Deutschland“. Außenpolitisch strebte die von ihm geführte Regierung eine größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten an, um Frankreich weiterhin die Rolle eines eigenständigen Akteurs in der Weltpolitik zu sichern.

Besondere Bedeutung für die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen hatten Adenauers Staatsbesuch im Juli 1962 und der Gegenbesuch von Präsident de Gaulle zwei Monate später. Zeitgenössische Fotografien belegen das große öffentliche Interesse an diesen Reisen in beiden Ländern. In dieser Zeit wurden die Weichen für den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag gestellt, der am 22. Januar 1963 im Elysee-Palast in Paris unterzeichnet wurde. Historische Dokumente aus dem Bundesarchiv vermitteln einen Eindruck von der Suche nach einem Kompromiss, damit der Vertrag in Kraft treten konnte. Auch wenn sich das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland unter Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard zeitweise wieder etwas abkühlte, war damit der Grundstock für eine dauerhaft enge Beziehung zwischen den beiden Nachbarstaaten gelegt. Und Frankreich und Deutschland, die sich in ihrem nationalen Selbstverständnis nur wenige Jahrzehnte zuvor noch jeweils als „Erbfeind“ definiert hatten, wurden zu den Motoren im europäischen Einigungsprozess.

Dr. Andrej Bartuschka

"Kuchen bedeutet Revolution."

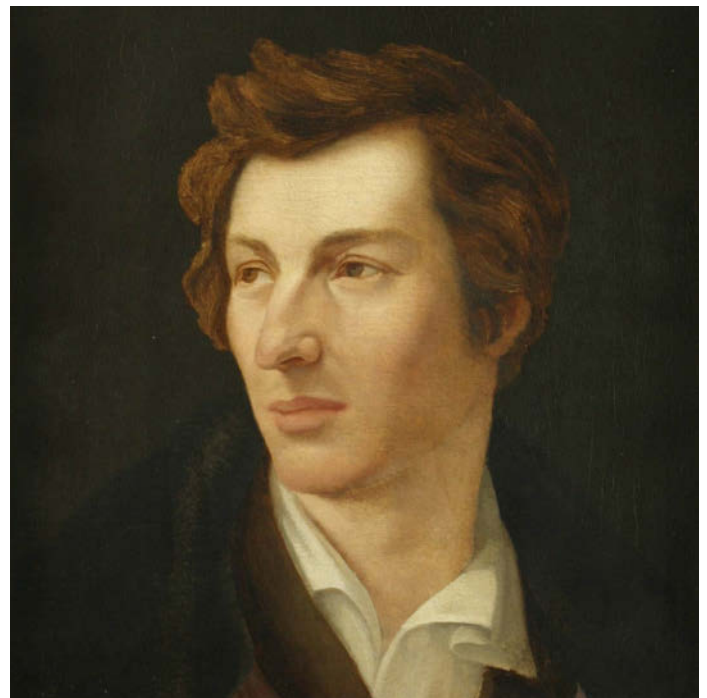
Vortrag von Karin Füllner zu Heinrich Heine



Dr. Karin Füllner vermittelt dem Publikum humorvoll Heines mit Witz, aber auch Melancholie geschriebene Deutschland- und Frankreichbilder.

Den Geruch von warmem Kuchen wollten im Sommer 1830 Helgoländer Fischer und der ebenfalls auf der Insel weilende Heinrich Heine im Seewind wahrgenommen haben – und Heine verband diesen Geruch mit den Nachrichten über eine erneute Revolution in Frankreich. Hatte er noch wenige Jahre zuvor ein Preisgedicht auf deutsche Tugenden gedrechselt, in dem „fremde Blumen“ in einem merkwürdigen Vorgriff auf ökologische Neophythenängste „weichen“ mussten, und „der Deutsche, froh und bieder“ sein „deutsches Glück“ genießt, so änderte sich sein Blick auf Frankreich und Deutschland sowie auf das Verhältnis der beiden Nachbarländer zueinander unter dem Eindruck dieser Revolution dramatisch. 1831 siedelte der Düsseldorfer nach Paris um.

Die weitere Entwicklung ist besser bekannt: Heines Erinnerungen an die Rheinlandbesetzung durch die Franzosen, die ihm mehrfach schulfrei bescherte, der bei seiner Familie einquartierte Tambour, dessen „Ça ira“ für den jungen Harry den revolutionären Geist von 1789 wieder herbeitrommelte, seine öfters wenig schmeichelhaften Äußerungen über deutsche Politik, deutsche Frauen und deutsche Küche im Vergleich zu ihren französischen Pendanten, letztlich die ‚Matratzengruft‘, in der der Schwerkranken seine letzten Jahre fristete. Der Titel „Geistreiches Ragout“ und ‚Tugendhafte Hausklöse‘. Heinrich Heine über Frankreich und Deutschland“, den Dr. Karin Füllner von der Heinrich-Heine-Forschungsstelle der seit 1989 auch nach dem Dichter benannten Universität Düsseldorf ihrem Vortrag gegeben hatte, ließ keinen Zweifel über die räumlich-politische Verteilung dieser Kulinariken. Gleichzeitig stellte Frau Dr. Füllner ebenso einfühlsam wie geschickt heraus, wie Heine damit durchaus keine Vorläuferschaft eines literarischen Realismus begründete, sondern als spätgeborener „Romantique defrocké“ immer die Qualitäten des einen Landes und seiner Leute und Kulturen im jeweils anderen vermisste. Und sich mehr Austausch von positiven Qualitäten zwischen den Nachbarländern gewünscht hätte. Für die „Teutomanen“, deren Dumpfsinn damals wie heute keine flugfähige Literatur und Kultur schaffen konnte, sondern allenfalls „gefiederte Frösche“, hatte Heine jedoch Zeit seines Lebens nur genau solchen Spott übrig.



Heinrich Heine, 1828

Bildquelle: Heinrich-Heine-Institut, Maler: Gottfried Gassen

Die eher kulinarische als textexegetische Ausrichtung des Vortrags am 20. September 2019 in der im genussfreudigen Baden gelegenen Bundesarchiv-Erinnerungsstätte fand im Rahmen der Sonderausstellung „Zwei Völker versöhnen sich. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag von 1963“ statt. Das Publikum im bis auf den letzten Platz besetzten Vortragssaal der Erinnerungsstätte nahm Dr. Füllners Vortrag entsprechend freundlich auf und bedankte sich mit langem Applaus. Die renommierte Literaturwissenschaftlerin wiederum ließ sich im Rahmen des anschließenden Umtrunks (mit dem obligatorischen ‚Tyrannenblut‘) gerne auf Fragen und weiterreichende Diskussionen ein.

Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck

Aktionstage in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte

Auch in diesem Jahr erwartete die 120 Besucherinnen und Besucher am Internationalen Museumstag am 19. Mai 2019 ein abwechslungsreiches Programm. Wunschführungen durch die Ausstellung, historische Filmaufnahmen, Fotos und Dokumente zur Entstehung und Bedeutung des Grundgesetzes, das in diesem Jahr sein 70. Jubiläum feierte, wurden durch interaktive Angebote ergänzt, die an die Gründung der ersten deutschen Demokratie vor 100 Jahren erinnerten.

Wie im vergangenen Jahr widmete die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte auch 2019 wieder mehrere ganztägige Aktionstage den dramatischen Ereignissen und wichtigen Themen der deutschen Geschichte. Ob in Erinnerung an die Wahl zur Weimarer Nationalversammlung und den „Spartakusaufstand“ im Januar 1919, anknüpfend an die Eröffnung des Themenjahres „Ziemlich gute Freunde. Frankreich und der deutsche Südwesten“ der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg, im Gedenken an den Mauerbau am 13. August 1961 oder den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, mehr als 650 Besucherinnen und Besucher nutzten die sich ihnen bietenden Gelegenheiten.

In der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte stöberten sie in thematisch passenden historischen Fotografien und Dokumenten des Bundesarchivs oder ließen sich durch die Sonder- und Dauerausstellungen führen. Andere erkundeten mit dem digitalen „Spiel der Lebenswege“, vor welchen Entscheidungen die aus dem Ersten Weltkrieg in das revolutionäre Deutschland heimkehrenden Soldaten standen oder konnten anhand des „Wahlkompass 1919“ bestimmen, für welche der bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 angetretenen Parteien sie sich wahrscheinlich entschieden hätten. Auf besonders großes Interesse stießen die Filmaufnahmen aus ost- und westdeutschen Wochenschauen und Nachrichtensendungen wie der „Welt im Bild“ oder der „Aktuellen Kamera“, die die damaligen Tagesereignisse wieder zum Leben erweckten.

Abendliche Kinovorführungen rundeten das Programm ab. Margarethe von Trottas preisgekrönter Spielfilm „Rosa Luxemburg“ und die Geschichtskomödie „Bornholmer Straße“, die den Fall der Berliner Mauer aus der Sicht der von den Ereignissen völlig überforderten DDR-Grenzer schilderte, fanden ebenso interessierte Zuschauerinnen und Zuschauer, wie der 1967 gedrehte Episodenfilm „Geschichten jener Nacht“, der veranschaulichte, wie die SED-Führung die Menschen in der DDR von der „Notwendigkeit“ des Baus der Berliner Mauer zu überzeugen versuchte.

Dr. Andrej Bartuschka



Sonderführungen und Schlosskino Spartakusaufstand 1919

Sonntag, 20. Januar 2019

- Führung durch die Sonderausstellung „Weimar – Die erste deutsche Demokratie“
11.00, 14.00 und 15.00 Uhr (jeweils 45 Minuten)
- Schlosskino: **Rosa Luxemburg**
(BR Deutschland 1986, Regie: Margarethe von Trotta)
17.00 Uhr (123 Minuten)

Eintritt frei



BArch, Bild 183-H28415, Bild 183-R73068, Bild 146-1981-126-29A

Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte
Herrenstraße 18
76437 Rastatt

Plakat zum Aktionstag am 20. Januar 2019

Quelle: A. Bartuschka (BArch), Abbildungen: BArch, Bild 183-H28415, Bild 183-R73068, Bild 146-1981-126-29A



Besucherbetreuerin Martina Schinke präsentiert zum Aktionstag „70 Jahre Grundgesetz“ am 2. Juni 2019 seltene Schriftstücke des Bundesarchivs, die Dr. Andrej Bartuschka zusammengetragen hatte. Foto: M. Holbein

„Die Macht der Kerzen.“

Erinnerungen an die Friedliche Revolution“

Vortrag und Zeitzeugengespräch mit Werner Krätschell



Dr.h.c. Werner Krätschell, Zeitzeuge der Ereignisse rund um den Mauerfall und die Wiedervereinigung, besichtigt die Ausstellung zu den „Freiheitsbewegungen in der DDR“ in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte.

Foto: R. Wollenschnider

Auf Einladung des Rastatter Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums und der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte war mit Dr.h.c. Werner Krätschell am 22. und 23. Oktober 2019 ein wichtiger Akteur der Friedlichen Revolution 1989/90 zu Gast.

Mit dem Vortrag „Die Macht der Kerzen. Erinnerungen an die Friedliche Revolution“ eröffnete er die bis März 2020 in der Erinnerungsstätte zu besichtigende Bundesarchiv-Sonderausstellung „Wege zur deutschen Einheit. Vertragsgemeinschaft, Staatenbund oder Beitritt?“. Die Ausstellung, auf die Herr Krätschell in seinem Vortrag immer wieder Bezug nahm, gewährt exemplarische Einblicke in Motive und Entscheidungen der politischen Akteure in Ost und West und dokumentiert die wichtigsten Etappen des Vereinigungsprozesses anhand von historischen Fotografien und Dokumenten. In der Ausstellung finden sich unter anderem Aufnahmen von der Besetzung der Zentrale der Staatssicherheit in der Berliner Normanntenstraße, das Faksimile des Einigungsvertrages zwischen DDR und Bundesrepublik sowie Wahlplakate für die Volkskammerwahl, die erste (und einzige) wirklich demokratische Parlamentswahl in der Geschichte der DDR.

Am Morgen nach der Ausstellungseröffnung traf sich Werner Krätschell mit zwei Kursstufen des Ludwig-Wilhelm-Gymnasiums zu einem von Schülerinnen und Schülern moderierten Zeitzeugengespräch.

Der evangelische Pfarrer und ehemalige Superintendent des Kirchenkreises Berlin-Pankow in Ost-Berlin berichtete von seiner Kindheit während des Zweiten Weltkrieges. Die Erlebnisse und Ängste während der Bombennächte, hätten ihn tief geprägt, „Gewaltlosigkeit“ sei auch wegen dieser Erfahrungen zu seinem Lebensthema gewor-

den. Im Rückblick, so erzählte Krätschell weiter, habe er jedoch eine wunderbare Kindheit in einem evangelischen Pfarrhaus erlebt. Die Schulzeit verbrachte er „zwischen den Welten“ – er lebte mit seiner Familie im Ostteil, der noch nicht von der Mauer geteilten Stadt, ging aber im Westteil aufs Gymnasium. Während eines Sommerurlaubs in Schweden erreichte Werner Krätschell und seinen Bruder Albert dann die Nachricht vom Bau der Berliner Mauer. In dramatischen Stunden entschieden die beiden Brüder über fortan getrennte Lebenswege: Albert blieb im Westen, Werner ging zurück in die DDR. In dem jungen Theologiestudenten war die Überzeugung gereift, dass er dort als evangelischer Pfarrer mehr gebraucht würde.

Was nun trotz Mauer und Stasi-Überwachung folgte, so Werner Krätschell, seien die „28 glücklichsten Jahre“ seines Lebens gewesen: Nicht nur, weil er eine Familie gründen konnte, sondern auch weil die evangelische Kirche sich zu einem Gegenentwurf zur herrschenden Diktatur der SED und der Gewalt

der Stasi entwickelte. Die Pfarrhäuser wurden zu Orten der Freiheit, zu „Schutzrevieren“, in denen basisdemokratische Elemente eingeübt werden konnten – auch wenn die Überwachungsmethoden und Schikanen der Staatssicherheit weder vor der Gemeinde noch den Mauern des Pfarrhauses Halt machten. Während seiner Zeit als Superintendent war Krätschells Pfarrkirche Treffpunkt des „Pankower Friedenskreises“ – und deshalb unter ständiger Überwachung durch die Stasi. 1989/90 war er Moderator am Pankower Runden Tisch und bei dem Berliner Runden Tisch.

Gefragt nach der Entwicklung nach der Wiedervereinigung stellte Werner Krätschell fest, dass es „viel Licht, aber auch Schatten“ gegeben habe, doch seien alle Illusionen über ein Fortbestehen einer „besseren“ DDR spätestens nach der von den allermeisten Menschen in der DDR herbeigesehnten Währungsunion gegenstandslos geworden. Er bedauerte, dass die innere Einheit Deutschlands noch nicht erreicht sei – ein Prozess, bei dem Einrichtungen wie die Erinnerungsstätte eine wichtige Rolle spielen könnten. Jugendlichen und Erwachsenen, die mehr über die DDR erfahren wollten, riet er, auf Zeitzeugen zuzugehen. Sie könnten ein viel facettenreicheres Bild der Realität bieten, als die in „Ost“ und „West“ immer noch wirkmächtigen Klischees und Vorurteile.

Als Erinnerung an seinen Besuch überreichte Herr Krätschell der Leiterin der Erinnerungsstätte, Frau Dr. Thalhofer, und Frau Huber vom Ludwig-Wilhelm-Gymnasium ein Bruchstück der Berliner Mauer, herausgeschlagen aus einem der letzten noch existierenden Teilstücke des Bollwerks, kaum 100 Meter vom Grab Theodor Fontanes entfernt.

Rainer Wollenschnider und Dr. Andrej Bartuschka

„Die Volksbank-Beratung ist DIN-zertifiziert.“



Testen Sie uns.

Unser Finanzplan wurde erfolgreich geprüft und zertifiziert.
Erleben Sie selbst die Qualität der Volksbank-Beratung.

Jetzt Termin online vereinbaren unter vb-babara.de/tvo



Volksbank
Baden-Baden Rastatt eG
Qualität erleben

Jahresausflug des Fördervereins

Ur-Entwurf für Rastatter Standrechtsdenkmal befindet sich in Renchen

Jedes Jahr kommen viele Besuchergruppen nach Rastatt, um sich über die Revolutionsgeschichte informieren zu lassen. Selbst vier Bundespräsidenten waren in der Stadt an der Murg vor Ort, um dem über drei Meter hohen Syenit im heutigen Patientengarten des Klinikums die Ehre zu erweisen. Erinnert wird an die zwischen dem 7. August und 20. Oktober erschossenen Freiheitskämpfer der Revolution von 1849.

Diese staatsoberhauptliche Ehrung erhielt ein Monument in Renchen zwischen Achern und Offenburg nicht. Das ursprünglich für Rastatt vorgesehene Standrechtsofferdenkmal wurde durch den Einspruch der damaligen Reichsfestungs-Militärverwaltung an der Aufstellung gehindert. Es „wanderte“ durch besondere Umstände an die Rench. Darüber informierten sich nun die Mitreisenden beim Jahresausflug des „Fördervereins Erinnerungsstätte“ am 4. Mai 2019.

Die 1849 in Rastatt Exekutierten wurden zunächst ohne Sarg auf dem alten Rastatter Friedhof bestattet. Nach der Generalamnestie für die an der Revolution Beteiligten im Jahr 1862 gab es 1873 eine Rastatter Initiative, ein Grabmonument für die standrechtlich Erschossenen zu errichten. Der Bildhauer Franz Bräunig wurde beauftragt, ein Denkmal aus badischem Buntsandstein zu schaffen.

Von der Errichtung des fertiggestellten Zeugnisses Rastatter Steinmetzkunst war der damalige Festungsgouverneur Gayling gar nicht angetan, da es einem Heldendenkmal nachempfunden worden war. Gayling versagte den „zu Tode beförderten Individuen“ die gebührende Ehre. Selbst Reichskanzler Otto von Bismarck wurde eingeschaltet, damit der Obelisk eine Genehmigung zur Errichtung bekommen könnte.

Da kam der Renchener Sozialdemokrat Amand Goegg ins Spiel, vormaliger Finanzminister der Revolutionäre, und erwarb für eine stattliche Summe das Rastatter Denkmal. Es wurde nun dem 1676 verstorbenen Autor und Schultheiß Hans Jakob Christoph von Grimmelshausen umgewidmet. Die heute immer noch greifbaren, gemeißelten Widmungen aus dem Standardwerk der deutschen Literatur „Simplicissimus“ gehen in eine eindeutige Richtung: Amand



Das ursprünglich für Rastatt vorgesehene Standrechtsofferdenkmal steht heute in Renchen.

Goegg hatte diese so geschickt ausgewählt, dass sie auch auf den Wunsch nach einem einigen demokratischen Deutschland angewendet werden konnten.

Jedenfalls in Rastatt kam es erst 1899 zur Errichtung eines Standrechtsofferdenkmals und 1924, in der Weimarer Republik, durfte in der Monument-Inschrift hinzugefügt werden: „Den Opfern des Unverstandes und der Willkür“. Dazu besteht die aktuelle Parallele mit den beiden Denkmälern zur gleichen Angelegenheit zwischen Renchen und Rastatt.

Neben dem umgewidmeten Standrechtsdenkmal besichtigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ausflugs auch das Grimmelshausenmuseum in Renchen. Die beiden Organisatoren der Reise, Vorstandsmitglied Frau Dr. Stamm und Geschäftsführer Herr Dr. Rehm konnten den Stellvertretenden Bürgermeister von Renchen, Herrn Heinz Schäfer, für eine Führung gewinnen.

Eine Mittagspause wurde im historischen Gasthaus „Zur Hoffnung“ in Achern eingelegt. Hier war Revolutionsgeschichte geschrieben worden, als am 2. April 1848 die erste Acherner Volksversammlung stattfand. Aber auch die Illenau, bekannt als badische Heil- und Pflegeanstalt, hatte einiges an Geschichte zu bieten, wie uns Stadtführer Walther Stodtmeister wissen ließ. Unter den Patienten befand sich z.B. der Revolutionär Adalbert von Bornstedt („Mein Kopf ist voller Rache“). Eine moderne Ausstellung zeigt die wechselvolle Nutzung der weitläufigen Anlage von den 1840er Jahren über das Dritte Reich bis in die Jetztzeit.

Der vorgesehene Spaziergang über den historischen Friedhof in der Illenau wurde wegen des heftigen Regens allerdings stark verkürzt.

Trocken blieben die Mitglieder der Reisegruppe hingegen auf der letzten Station des Ausflugs in Kehl. Stadtarchivarin Dr. Ute Scherb (Bild links, Zweite von rechts) führte kompetent durch die Innenstadt und richtete die Blicke auf deutsch-französische Kooperationsprojekte. Letzter Halt des Aufenthalts in der Grenzstadt war das Denkmal der „Mutter Kinzig“, an dem das Gruppenbild entstand.

Im Jahr 2020 verzichtet der Förderverein zugunsten seiner 25-Jahr-Feier im September auf einen Ausflug.

Rainer Wollenschneider / Martina Schinke



Am Denkmal der „Mutter Kinzig“ in Kehl

Fotos: R. Wollenschneider

Zum Tode von **Hildegard Huisken**

Weggefährtin Gustav Heinemanns und Freundin der Erinnerungsstätte

Mit Hildegard Huisken hat uns eine treue Freundin und Förderin der Erinnerungsstätte verlassen. Im Alter von 99 Jahren ist sie am 6. Oktober 2019 in ihrem Zuhause in Sandhausen verstorben. Als Zeitgenossin und Mitarbeiterin von Gustav W. Heinemann war sie ein wichtiges Bindeglied zum Gründungsvater der Erinnerungsstätte – ihre Unterstützung als Fördervereinsmitglied war uns eine wichtige Bestätigung für unsere Arbeit.

Hildegard Huisken wurde am 19. Dezember 1919 als Hildegard Matysik in Essen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und einer zweijährigen Ausbildung an der Handelsschule in Essen, arbeitete sie seit 1937 in der Essener Stadtverwaltung, wo sie bis zur Büroleiterin des Oberbürgermeisters aufstieg. Als im Oktober 1946 Dr. Gustav W. Heinemann Essener Oberbürgermeister wurde, übernahm er die tüchtige Büroleiterin. Wie sehr Heinemann die Arbeit von Hildegard Matysik schätzte, zeigt die Fortsetzung der Zusammenarbeit, als er 1949 als Bundesminister des Innern nach Bonn wechselte. Nach knapp einem Jahr legte Heinemann jedoch sein Amt nieder – er lehnte den von Bundeskanzler Konrad Adenauer eingeschlagenen Weg einer Wiederbewaffnung ab, dessen erste Schritte zudem nicht mit dem Kabinett abgestimmt worden waren.

Hildegard Matysik arbeitete noch bis zu ihrer Heirat mit Dr. Wilhelm Huisken im Jahr 1955 im Bundesministerium des Innern weiter. Gustav Heinemann und seinen Ideen blieb sie immer verbunden. Sie schilderte ihn als strengen, anspruchsvollen, aber überaus fairen Chef, den sie wegen seiner fachlichen Kompetenz, aber vor allem auch auf Grund seiner persönlichen Integrität bewundert habe. Seine konsequent verfolgten politischen Zielsetzungen entsprachen zu-



dem ihren eigenen Überzeugungen. Sie hatte enge Kontakte auch zu Mitgliedern der Familie Heinemann, die sie schon als Kinder kannte.

Auch das spätere politische Wirken ihres ehemaligen Chefs verfolgte Hildegard Huisken mit großem Interesse. Ihr Sohn Gerhard, der heute einen Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Tübingen innehat, erlebte als Zehnjähriger, wie seine Mutter 1969 mit höchster Anspannung den 3. Wahlgang der Bundesversammlung im Radio verfolgte, in dem Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Ihre Wertschätzung und Bewunderung für den einstigen Chef wurde nicht zuletzt in ihrer Unterstützung der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ sichtbar, die Gustav Heinemann 1974 ins Leben rief.

Seit 2002 war Hildegard Huisken Mitglied im Förderverein der Erinnerungsstätte. Bis vor wenigen Jahren nahm sie regelmäßig an Veranstaltungen und Ausflügen teil. Als leidenschaftliche Autofahrerin scheute sie die recht lange Anreise nach Rastatt nicht. Wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erinnerungsstätte haben sie als liebenswürdigen, zugewandten und interessierten Menschen kennen gelernt. Ihre aufmerksame und positive Begleitung unserer Arbeit war für uns Bestätigung und Ansporn – wir sind dankbar für viele Begegnungen und Gespräche mit ihr. Hildegard Huisken wird uns fehlen.

Dr. Elisabeth Thalhofer



Hildegard Matysik arbeitete in Essen als Büroleiterin des Oberbürgermeisters Gustav W. Heinemann.

Fotos: privat



Der junge Gustav W. Heinemann als Oberbürgermeister von Essen in seinem Büro.



Bericht von der **Jahreshauptversammlung** 2019

Vielfältige Arbeit trägt Früchte



Prof. Gunter Kaufmann (l.) und Dr. Rehm (r.) verabschieden Dr. Dietmar Greiser aus dem Vorstand des Fördervereins.

Foto: R. Wollenschneider

Auf der Jahreshauptversammlung des Fördervereins der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte am 6. Juni 2019 berichteten der Vorsitzende Prof. Gunter Kaufmann und der Geschäftsführer Dr. Clemens Rehm über das Vereinsleben im vergangenen Geschäftsjahr. Der Förderverein unterstützte und begleitete Veranstaltungen und Projekte der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte weiterhin kontinuierlich. Bei der positiven Entwicklung der Besucherzahlen 2018 auf 13.035 Besucher, so der kommissarische Leiter Dr. Andrej Bartuschka, habe sich das Engagement der Ehrenamtlichen gelohnt.

„Wir müssen noch viel mehr die demokratischen Traditionen wachhalten“, appellierte Clemens Rehm. Ein wichtiger Schritt, nachdem die AfD für eine Stiftung den Namen des Revolutionärs Gustav Struve vereinnahmt hatte, sei schon 2019 erfolgt. Zusammen mit den Turnerbünden und dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ wurde eine eintägige Tagung in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte durchgeführt, um Struve ins richtige Licht zu rücken.

In diesem Zusammenhang erwähnte Andrej Bartuschka, dass vermehrt Schreiben von sogenannten Reichsbürgern, die andere Akzente der Präsentation in der Erinnerungsstätte fordern, eingegangen seien. Staatliche Stellen wurden darüber informiert. Allerdings, so Dr. Bartuschka, sind keine direkten Drohungen unter den Anschreiben gewesen. Herr Rehm mahnte zur Vorsicht, dass von gewissen nationalen Kreisen, nationale Symbole wie die Farben Schwarz-Rot-Gold und Ereignisse der Demokratiegeschichte vereinnahmt werden könnten: „Das dürfen wir nicht dem Missbrauch überlassen.“

Clemens Rehm erwähnte, dass im Geschäftsjahr durch Vorträge und Ausstellungen zur Revolution 1918/19, zur badischen Verfassung 1918 und zum Frauenwahlrecht 1919 der historischen Ereignisse vor 100 Jahren gedacht und diese gleichzeitig einer aktuellen wissenschaftlichen Bewertung unterzogen wurden.

Zur Sprache kam auch die Vernetzung von Rastatt in der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“, wobei sich der Förderverein über Clemens Rehm in das „Hambacher Manifest“ einbringen konnte.

Zu den Finanzen des Fördervereins erwähnte Schatzmeister Oliver Kolb, dass nicht zuletzt durch Spenden die Bilanz ausgeglichen und die Gemeinnützigkeit bestätigt worden sei. Mit gegenwärtig 234 Personen ist die Mitgliederentwicklung leider rückläufig.

Aus dem Vorstand wurde das Gründungsmitglied Dr. Dietmar Greiser verabschiedet. Der Rastatter Zeitungsverleger gehörte seit 1995 ohne Unterbrechung dem Vorstand des Fördervereins an und half den Vorsitzenden, Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle und Prof. Gunter Kaufmann, zahlreiche Projekte zu realisieren. Gunter Kaufmann und Clemens Rehm würdigten das enorme Engagement von Dietmar Greiser, der mit Ideen und einer hohen Kompetenz zur verstärkten Außenpräsenz der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte beigetragen hat.

Gleichzeitig fanden Neuwahlen statt. Dabei wurden neben Geschäftsführer Clemens Rehm auch Vorsitzender Gunter Kaufmann und Stellvertreter Herbert Fraß bestätigt. Gleichfalls wurden Oliver Kolb (Schatzmeister), Martina Schinke (Schriftführerin) und die Beisitzerinnen Judith Benke und Dr. Irmgard Stamm sowie die Beisitzer Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck und Rainer Wollenschneider in ihrer Funktion bestätigt. Neu als Beisitzer kam Roland Walter hinzu.

Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung hielt Vorstandsmitglied Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck einen Vortrag zum Thema „Badische Revolutionäre, der amerikanische Bürgerkrieg und die deutsche Demokratie“.

Rainer Wollenschneider/Martina Schinke

Badische Revolutionäre, der amerikanische Bürgerkrieg und die deutsche Demokratie

Vortrag von Wolfgang Hochbruck

Die Lebensgeschichten vieler badischer Revolutionäre von 1848/49 sind bisher nur unvollständig oder gar nicht erzählt worden. Zu lange hat man sich im Ländle damit abgefunden, als Verlierer aus der Revolution herausgekommen zu sein – auch zum Anlass der 150-Jahr-Feiern 1998/99 wurde zumindest von offizieller Seite nicht wirklich versucht, daran etwas zu ändern. „Die Revolution geht zu Ende“ lautete der Titel des letzten Ausstellungsbands. Dass viele der außer Landes geflüchteten, vertriebenen, oder noch später ausgewanderten Republikaner in ihren neuen Heimatländern weiter im Sinne demokratischer Bürgergesellschaften wirkten und dabei zum Teil auch effektiv waren, wurde vergessen – erfolgreiche Revolutionäre hatten weder in der Bundesrepublik noch in der DDR viele Freunde.

Wolfgang Hochbruck arbeitet schon seit 1998 gegen das Vergessen an. Er präsentierte an diesem Abend des 6. Juni 2019 im Anschluss an die Jahreshauptversammlung des Fördervereins mehrere Mitglieder des Jahrgangs 1824, von denen zwei – der Sinzheimer Franz Sigel und der Acherer Max Weber – auch noch Klassenkameraden in der Badischen Militärademie in Karlsruhe waren. Während Sigel schon 1848 am Hecker-Zug teilnahm und 1849 zeitweise die republikanischen Einheiten in Baden während der Reichsverfassungskampagne kommandierte, wechselte Weber erst mit den badischen Truppen in diesem Frühjahr die Fronten. Nach ihrer Flucht in die Schweiz und später nach Amerika erscheinen beide im amerikanischen Bürgerkrieg auf Seite der Union und der Sklavereigege-




Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck in der Uniform eines Unionsoldaten

ner, steigen in Generalsränge auf, und sterben hochbetagt und geehrt um die Jahrhundertwende.

Hochbruck, der Professor für Nordamerikastudien an der Albert-Ludwigs Universität Freiburg ist, steigerte den didaktischen Wert seiner Ausführungen im voll besetzten Vortragssaal der Erinnerungsstätte durch Elemente einer in Deutschland noch relativ wenig verbreiteten Vermittlungsmethode: Geschichtstheater. Eine Freischärlerbluse und ein Heckerhut, eine Forage Cap und die einfache Jacke eines Offiziers der Unionsarmee unterstrichen anschaulich die Transformation der Figuren, aber auch das, was an ihnen verlässlich gleich geblieben war. Diese „Forty-Eighters“, so sein Fazit, können und sollten als Vorbilder dienen. Die in Deutschland nachwachsenden Generationen haben positive Vorbilder verdient.



Ehemalige deutsche Revolutionäre stellten Freiwilligeneinheiten wie das 20th New York Volunteer Infantry Regiment „United Turner Rifles“ auf.



BB Bank
Better Banking

0,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

- ✓ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte
- ✓ Einfacher Kontowechsel in nur 8 Minuten
- ✓ BBBank-Banking-App mit Fotoüberweisung, Geld senden und anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst

1


DEUTSCHES INSTITUT FÜR SERVICE-QUALITÄT GmbH & Co. KG

1. PLATZ

Bank des Jahres
Überregionale Filialbanken
Kundenbefragung
Nov. 2018
4 Filialbanken
www.diqg.de
Prüfungsinstitut

ntv

Jetzt informieren
BBBank eG
Kaiserstraße 26,
76437 Rastatt

 www.bbbank.de/termin

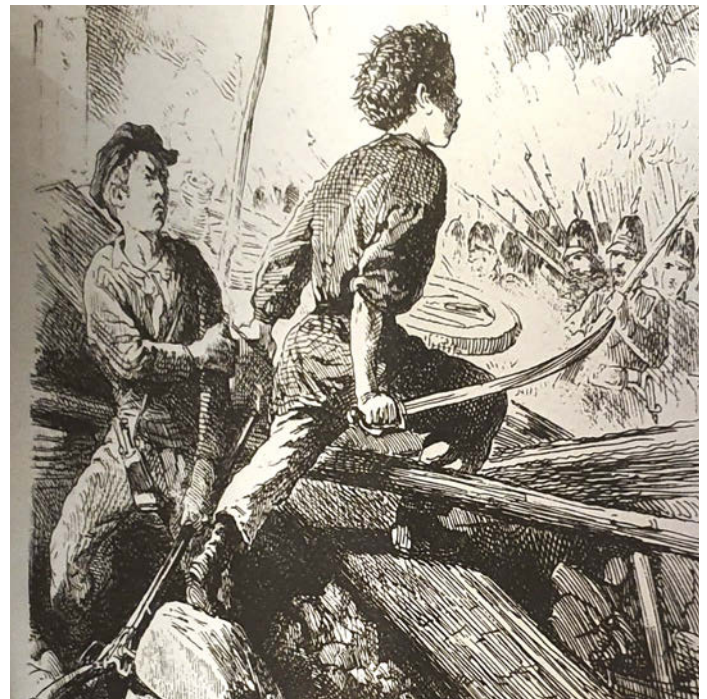
¹Wassersparungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezugsübergang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Girokontoführungsbeitrag von 15,- Euro/Monat

Die Erinnerungsstätte wird zum Klassenzimmer: Ein Bericht aus der Museumspädagogik

Zwei wild entschlossene Jugendliche – im Grunde noch Kinder – blicken mit der Waffe in der Hand einer soldatischen Übermacht ins Gesicht. Wenig später wird einer von ihnen tot auf der Barrikade in Berlin liegen. Warum führte er diesen offensichtlich aussichtslosen Kampf? Welches Motiv ließ ihn dieses am Ende vergebliche Risiko eingehen? Indem sie diesen und andere Todesfälle aufklären, können sich von nun an Mittelstufenschüler in unserer 1848/49er-Ausstellung auf beinahe detektivische Weise die Hintergründe der Revolutionszeit in Deutschland erschließen.

Didaktische Materialien und Konzepte sind – hierin historischer Arbeit insgesamt sehr vergleichbar – stets von den Fragestellungen und Anforderungen der eigenen Zeit abhängig. Man muss sich nur vorstellen, wie Geschichtsunterricht eben 1848 im Deutschen Bund oder 1948 in der vor ihrer Gründung stehenden künftigen DDR ausgesehen hat, dann ahnt man sofort, wie unterschiedliche Epochen ihren Geschichtsunterricht geformt haben.

Die Veränderungen, mit denen die begleitende Pädagogik in der Erinnerungsstätte umgehen muss, sind ungleich kleiner, bedeuten aber dennoch aktuell einiges an Nachjustierungen der bewährten Materialien, die in Rastatt für Schulgruppen bereitgehalten werden. Ein neuer Bildungsplan für Baden-Württemberg, kompetenzorientierte Fragestellungen, die Berücksichtigung sprachlichen Wandels, arbeitsrechtlich neu gefasste Rahmenbedingungen und heterogenere Schülergruppen: Regelmäßige Redaktionssitzungen führen im Moment zu sukzessive aktualisierten Arbeitsformen und -blättern für den Schuleinsatz, teils erstmals in unterschiedlichen Niveaustufen zur Auswahl für die Lehrkräfte. Neu hinzugekommen sind „Lernkrimis“ wie der eingangs angerissene, die besonders dem pro-



Die Schlossergesellen Wilhelm Glasewitz und Ernst Zinna auf der Barrikade in Berlin am 18. März 1848

Quelle: Kopie einer Federlithografie von Theodor Hosemann, 1848 (Ausschnitt)

blemorientierten Geschichtsunterricht und dem Prinzip des entdeckenden Lernens entgegenkommen.

Kurz: Für Schulklassen bleibt ein Besuch in der Erinnerungsstätte spannend, oder wie es auf einem Arbeitsblatt heißt: Erlaubt ist alles – außer langweilen.

Philipp Stahlhut

Kolloquium: Gustav Struve – Turner, Demokrat, Emigrant

Der Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte veranstaltete am 14. Mai 2019 gemeinsam mit dem „Deutschen Turner-Bund“ sowie mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ ein Kolloquium, das auf reichlich Zuspruch stieß.

„Wir müssen Gustav Struve ins richtige Licht setzen und vor politischer Vereinnahmung schützen“, erläuterte der Geschäftsführer des Fördervereins, Dr. Clemens Rehm, die Idee zu dem Kolloquium.

Der Name des Mitstreiters von Friedrich Hecker war im Jahr 2017 in die Negativ-Schlagzeilen gekommen, weil die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ihre baden-württembergische Landesstiftung nach dem Protagonisten der Revolution von 1848/49 als „Gustav-von-Struve-Stiftung“ benannte.

Struve (1805 – 1870) selbst hatte 1847 seinen Adelstitel abgelegt. Als Anwalt in Mannheim, Journalist, Delegierter des Frankfurter Vorparlaments 1848, Mitglied und Befürworter der Turnerbewegung, Aus- und Einwanderer sowie Vorkämpfer der Fraueneman-

zipation wurde er wegen seiner Auffassungen und politischen Betätigung für eine freiheitliche Republik und gegen die Zensur mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt.

Die Veranstalter, die u.a. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, zahlreichen Archiven des Landes sowie der Stadt Rastatt unterstützt wurden, nutzten den Tag, um mit Referaten sowie einer Podiumsdiskussion das politische Wirken Gustav Struves aus unterschiedlichen Blickwinkeln vorzustellen und zu erläutern.

Martina Schinke



Bildquelle: Generalanarchist Karlauke JAC 5204-1

Liebe Mitglieder, die Adresse des Fördervereins hat sich geändert. Das Postfach wurde aufgelöst. Die neue Anschrift lautet: Förderverein Erinnerungsstätte e. V., c/o Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Herrenstraße 18 / Residenzschloss, 76437 Rastatt. Bitte informieren Sie uns bei Änderung Ihrer Anschrift oder Bankverbindung über die neue Adresse oder per Mail: foeve.freiheitsbewegungen@t-online.de.

Bundestagsabgeordnete Gabriele Katzmarek besucht Bundesarchiv-Erinnerungsstätte bei einem historischen Rundgang in Rastatt

Auch 170 Jahre nach der Niederschlagung der badischen Revolution fasziniert dieses Kapitel der deutschen Geschichte noch immer die Menschen. Eine rund 25-köpfige Gruppe folgte der Einladung der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Gabriele Katzmarek, am 18. September 2019 „auf den Spuren der Badischen Revolution in Rastatt“ zu wandeln.

Im Mittelpunkt des Rundgangs stand der Besuch des Bundesarchivs mit der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Als sachkundiger und unterhaltsamer Führer machte der einstige SPD-Landtagsabgeordnete und Rastatter Ehrenbürger Gunter Kaufmann die Ereignisse rund um die spektakulären Revolutionsjahre 1848/49 lebendig. Bei strahlendem Sonnenschein führte er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch zu geschichtsträchtigen Orten und bedeutungsvollen Erinnerungsstätten in der Rastatter Innenstadt. Neben dem Carl-Schurz-Haus in der Kaiserstraße wurden unter anderem die ehemaligen Treffpunkte der Rastatter Demokraten wie das frühere Gasthaus Blume und die Schlossgaststätte besucht. „Rastatts Geschichte zeigt deutlich, wie eng diese Stadt mit den Freiheitsbewegungen verbunden ist“, erklärte Gunter Kaufmann.

„Gerade in Zeiten, in denen rechte Kräfte gegen die Demokratie wettern, müssen wir den Rücken gerade machen und stehen“, sagte Gabriele Katzmarek beim Besuch des „Freiheitsmuseums“ im Rastatter Schloss. „Ein Blick in die Geschichte zeigt, wie lange tapfere Männer und Frauen für unsere Demokratie gekämpft haben – und



Gunter Kaufmann (Dritter von rechts) führt mit Gabriele Katzmarek (links) sachkundig durch die Revolutionsgeschichte der Stadt Rastatt.

gestorben sind. Diese Errungenschaften dürfen wir nicht wieder einreißen, nur weil die Welt komplizierter geworden ist“, betonte die Bundestagsabgeordnete in der Erinnerungsstätte des Bundesarchivs.

Den Abschluss des Rundgangs bildete der Besuch des Denkmals für die erschossenen Freiheitskämpfer auf dem alten Rastatter Friedhof, das 1899 mit Spenden von Sozialdemokraten aus Deutschland und Amerika errichtet werden konnte.

Irene Schneid-Horn, Büro MdB Katzmarek

Das Team der Berliner Landesvertretung Baden-Württemberg macht einen Stopp in Rastatt



Das Team der Landesvertretung lässt sich vor einem in der Ausstellung befindlichen Originalsegment der Berliner Mauer fotografieren.

Im Rahmen einer Studienfahrt nach Straßburg, Kehl und Karlsruhe besuchten 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin am 30. Oktober 2019 die im Residenzschloss Rastatt befindliche Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

Dr. Andrej Bartuschka begrüßte die Gäste in Vertretung von Dr. Elisabeth Thalhoffer, der Leiterin der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, bevor er sie zusammen mit der Diplomhistorikerin und Besucherbetreuerin Martina Schinke durch die Dauerausstellung „Wir sind das Volk“ führte. Dabei interessierten sich die Teilnehmerinnen

und Teilnehmer der Studienfahrt, darunter viele in Berlin und Brandenburg beheimatet, die erstmals in Rastatt weilten, besonders für die revolutionären Ereignisse 1848/49 in und um Rastatt.

Beeindruckt zeigten sich die Besucherinnen und Besucher, dass es in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, fernab der neuen Bundesländer, seit 2009 eine Dauerausstellung zu den Freiheitsbewegungen in der DDR gibt und ließen sich als Erinnerung an ihren Besuch vor einem in der Ausstellung befindlichen Originalsegment der Berliner Mauer fotografieren. Das Thema Mauerfall stieß auf großes Interesse, hatten doch viele der Gruppenmitglieder die dramatischen Ereignisse der Friedlichen Revolution 1989/90 auf beiden Seiten der Berliner Mauer miterlebt.

Der Dienststellenleiter der Landesvertretung, Andreas Schulze, erinnerte im Anschluss an die Führung an die langjährigen Kontakte zwischen Landesvertretung und Erinnerungsstätte und sprach eine Einladung nach Berlin aus. In der Vergangenheit hatten bereits die Leiterin der Erinnerungsstätte, Dr. Elisabeth Thalhoffer, sowie die Förderverein-Vorstandsmitglieder Dr. Clemens Rehm und Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck die jährlich anlässlich des 18. März in der Landesvertretung stattfindende Veranstaltung zur Erinnerung an die 1848er Revolution mit Vorträgen bereichert.

2016 konnten die Mitglieder des Fördervereins der Erinnerungsstätte bei ihrem Jahresausflug an einer solchen Veranstaltung teilnehmen, wobei Fördervereinsmitglied Dr. Kurt Hochstuhl zum Gedenken an den auf dem Freiburger Wiehre-Friedhof erschossenen preußischen Revolutionär Maximilian Dortu referierte.

Martina Schinke

Bundestag beschließt Förderung der Demokratiegeschichte

Am 17. Oktober 2019 hat der Deutsche Bundestag den Antrag „Orte der Freiheit und Demokratie: 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung – Demokratischer Aufbruch und Scheitern der ersten deutschen parlamentarischen Republik“ verabschiedet. (Antrags-text: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911089.pdf>; Protokoll der Sitzung: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19118.pdf>).

Darin heißt es u.a. *„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Abstimmung mit den Ländern und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel [...] dem Deutschen Bundestag ein Förderkonzept für die Orte der Freiheit und der Demokratie in Deutschland vorzulegen. Dafür stellt der Bund jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung. Mit Stolz kann auf die Entwicklung der Demokratie in Deutschland und auf die Orte geschaut werden, die für das Streben nach Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Mitbestimmung stehen. Die bestehende Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die einen Rahmen bildet für die Aufarbeitung der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur sowie das Gedenken an die Opfer, wird weiterhin zentraler Bestandteil der Erinnerungskultur sein. Das zu erarbeitende Förderkonzept soll explizit in keiner Konkurrenz dazu stehen, sondern unsere reiche Demokratiegeschichte würdigen.“*

Dies ist für die Bundesrepublik ein Meilenstein für die Arbeit mit und zur Demokratiegeschichte, denn neben der bisher schon existierenden Förderung von Gedenkstätten zur NS-Zeit wird damit eine zweite Säule der historischen Erinnerung an wichtige Orte, Personen und Ereignisse zur Geschichte der Demokratie in unserem Land aufgebaut. Dass es zu diesem Beschluss kam, ist auch auf den Einsatz der *Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte* zurückzuführen. Mit ihrem Hambacher Manifest (<https://demokratie-geschichte.de/hambacher-manifest-zur-demokratiegeschichte/>) vom Sommer 2017 hat die Arbeitsgemeinschaft sehr deutlich Leerstellen der Demokratiegeschichte, aber auch Möglichkeiten der Abhilfe benannt. Nicht zuletzt die verstärkte Presseberichterstattung zu lange Zeit dahindämmernden Demokratie-Orten (wie z.B. der Frankfurter Paulskirche) und das Aufgreifen der Thematik durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Bewegung für die Erinnerungspolitik und damit in die Förderpolitik gebracht. Die nun vorgesehenen Mittel sollten teilweise für die Förderung von Institutionen und teilweise für Projekte bereitgestellt werden.

Wie sehr die Arbeitsgemeinschaft bei diesem Prozess als Aktivposten gesehen wird, lässt sich im Beschluss an zwei Stellen deutlich ablesen. Zum einen begrüßt der Bundestag ausdrücklich die Gründung der Arbeitsgemeinschaft, zum anderen wird auf die Arbeitsgemeinschaft bei der Entwicklung von Kriterien der Förderung

hingewiesen: *„Eine Orientierung, welche Orte der Demokratiegeschichte mit unterschiedlicher Gewichtung in das Förderkonzept aufgenommen werden sollen, bieten die Mitglieder der ‚Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte‘.“*

Auch wenn der Weg langwierig und mühsam war, so ist das doch eine großartige Bestätigung für alle, die sich in diesem Feld engagiert haben – wie der Förderverein der Erinnerungsstätte –, der zudem seit der Gründung einen der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft stellt.

Schon Ende November wurde die SprecherInnengruppe der Arbeitsgemeinschaft zu einem Gespräch nach Berlin eingeladen, um ihre Expertise zur Umsetzung des Förderkonzepts (Umsetzung wohl ab 2021) einzubringen; das Jahr 2020 wird eine Pilotphase sein.

In diesem Jahr möchte die Arbeitsgemeinschaft den Fachaustausch vorantreiben, die öffentliche Wahrnehmung des Themas erhöhen, die Professionalisierung und Antragsentwicklung bei einzelnen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft, wenn nötig, unterstützen.

Zwei Schwerpunkte sollen in der Pilotphase realisiert werden:

– Forschungen zur Demokratiegeschichte

Dieses Forschungsfeld soll perspektivisch über 2020 hinaus deutlich ausgebaut werden. Dazu sind in der Pilotphase erste Grundlagen zu schaffen, d.h. Forschungslücken und Perspektiven zu deren Bearbeitung zu benennen. Um in entsprechenden Netzwerken aktiv werden und ggf. Drittmittel akquirieren zu können, ist die Anbindung an die Friedrich-Schiller-Universität Jena vorgesehen; hier bestehen bereits Kapazitäten und Erfahrungen auf diesem Gebiet.

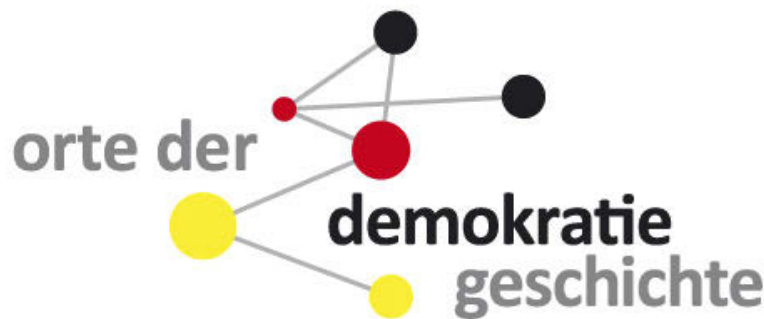
– Öffentlichkeitsarbeit

Das Thema „Orte der Demokratiegeschichte“ muss öffentlich sichtbar werden, insbesondere durch eine moderne Internetseite, Präsenz in den sozialen Medien, Pressearbeit, einen Newsletter/Internetblog und eine Auswahl an Printprodukten.

Dies soll unterstützt werden durch eine **Tagung zur deutschen Demokratiegeschichte**, durch **Publikationen zur Demokratiegeschichte**, durch die Erstellung eines **Katasters von Orten der Demokratiegeschichte** und durch die Erarbeitung **biografischer Zugänge zur Demokratiegeschichte**: Im Fokus stehen dabei Akteure der deutschen Demokratiegeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft wird voraussichtlich im September in Rastatt stattfinden.

Die Arbeitsgemeinschaft hofft, durch diese Initiativen, das Thema Demokratiegeschichte 2020 deutlich voranzubringen.

Dr. Clemens Rehm / Stephan Zänker



Die Nikolaikirche in Leipzig und das Jahr 1989



Lichtillumination in der Leipziger Nikolaikirche

Foto: U. Philipp

Vor 30 Jahren, im Sommer 1989, begann in rasantem Tempo der Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks. Dass am 9. November die Berliner Mauer fiel und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bald darauf erfolgte, all dies ohne Blutvergießen, gehört zu den glücklichsten Kapiteln der deutschen Geschichte. Die „Friedliche Revolution“, so unerwartet und rasch sie sich auch vollzog, hatte starke Wurzeln in der Kirche. Mutige Christen in der DDR, Pfarrer und Gemeindeglieder waren es, die sich in Pfarrhäusern und Kirchen trafen und einen friedlichen Weg zu einem besseren, freiheitlichen Sozialismus suchten. Die Kirchen waren dem Staat untergeordnet, doch der Bevölkerung boten sie eine moralische Instanz. Immer größer wurde die Zahl der Oppositionellen gegen das SED-Regime: Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen formulierten im Schutz der Kirche ihren Protest. Die Friedensgebete, in zahlreichen Kirchen montags gehalten, waren Keimzellen des Massenprotests; Mahnwachen und Gottesdienste erreichten auch Menschen, die mit der Kirche „nichts am Hut“ hatten.

Zum Beispiel Leipzig: „Nikolaikirche – offen für alle“ ist auf dem Schild vor dem 1165 gegründeten Gotteshaus in der alten Messestadt zu lesen. Seit Mai 1989 wurden die Zufahrtsstraßen zur Nikolaikirche durch Polizei kontrolliert und blockiert, später auch die Autobahnabfahrten. Der Druck auf Pfarrer und Teilnehmer wuchs, Montag für Montag gab es Verhaftungen, „Zuführungen“ im Zusammenhang mit den Friedensgebeten. Doch der Andrang stieg, bis die 2.000 Plätze der Kirche nicht mehr ausreichten.

Dann kam der alles entscheidende 9. Oktober. Pfarrer Christian Führer erinnert sich: „Ein schauriges Gewaltszenario von Armee, Kampfgruppen, Polizei und zivilen Beamten war aufgeboten ... Im Übrigen hatte man noch etwa 1.000 SED-Genossen in die Nikolaikirche beordert, von denen bereits gegen 14 Uhr etwa 600 das Kirchenschiff füllten. [...] Aber was man nicht eingeplant, woran man nicht gedacht hatte: Man setzte ja diese Menschen zugleich dem Wort, dem Evangelium und seiner Wirkung aus! Und so hörten diese Menschen alle, unter ihnen die SED-Genossen, das Evangelium [...] in einer Kirche, mit der sie nichts anfangen konnten.“ Das Friedensgebet ging in großer Ruhe und Konzentration vonstatten, mehrere Aufrufe zur Gewaltlosigkeit wurden verlesen. „Und als wir, mehr als 2.000 Menschen, aus unserer Kirche kamen, – den Anblick werde ich nie

vergessen –, warteten Zehntausende draußen auf dem Platz. Sie hatten Kerzen in den Händen.“

Das Wunder geschah: die Macht der Gewaltlosigkeit erfasste die Massen, Armee, Kampfgruppen, Polizei wurden in Gespräche verwickelt, keiner verlor das Gesicht. „Nicht eine zerbrochene Schaufensterscheibe. Die unglaubliche Erfahrung mit der Macht der Gewaltlosigkeit. Horst Sindermann, der dem Politbüro der SED angehörte, sagte vor seinem Tod: 'Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet. Nur nicht auf Kerzen und Gebete.'“ So weit Christian Führer (1943 – 2014), der Gemeindepfarrer der Nikolaikirche und Verfasser des Buches „Und wir sind dabeigewesen“. Die geschilderten Ereignisse sind verarbeitet in dem Film „Nikolaikirche“ von 1995 nach dem Buch von Erich Loest.

Die Rastatter Erinnerungsstätte widmet der „Friedlichen Revolution“ eine Dauerausstellung, in der auch die Rolle der Kirchen dokumentiert ist. Mit ihrem Beitrag zur deutschen Einheit stehen sie hier in guter Nachbarschaft zu einer weiteren Stätte von nationaler Bedeutung: der Frankfurter Paulskirche. Zur Eröffnung der Ausstellung am 4. November 2009 wurde der ehemalige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Hans-Dietrich Genscher erwartet, der jedoch sehr kurzfristig absagte. Wegen des großen Besucherandrangs war außer dem Ahnensaal auch die Sala Terrena bestuhlt. Ein gutgekleideter Herr stieg mit uns die Treppen zum Vestibül empor, und als ihm – wie uns – der Einlass zum bereits vollbesetzten Ahnensaal verwehrt wurde, rief er entrüstet aus: „Ich setze mich nicht unten zum Volk, ich insistiere!“ Die Ausstellung wurde schließlich von Kulturstatsminister Bernd Neumann eröffnet und trägt den Titel „Wir sind das Volk: Freiheitsbewegungen in der DDR 1949 – 1989“.

Dr. Irmgard Stamm



Leipziger Nikolaikirche – offen für alle

Foto: I. Stamm

Nähe ist einfach.

Wenn man kompetente Finanzpartner in der Nähe hat. Zu Ihren finanziellen Zielen und Wünschen beraten wir Sie ausführlich.

Sprechen Sie mit uns.

Sparkasse Rastatt-Gernsbach

spk-rastatt-gernsbach.de

TERMINHINWEISE:

6. Februar 2020, 19.30 Uhr
Theateraufführung, Reithalle Rastatt
 „Gier – Weimar, die erhitzte Republik“
 Axensprung Theater, in Kooperation mit Weimarer Republik e.V.

15. März 2020, ganztägig
Aktionstag
 „Der Weg zur deutschen Einheit“
 Sonderführungen, Filmvorführungen

1. April – 21. Juni 2020
Sonderausstellung
 „Macht der Gefühle. Deutschland 19|19“
 Ausstellung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

2. April 2020
Ausstellungseröffnung mit Szenischer Lesung
 „Der tragische Kanzler. Hermann Müller und die Weimarer Republik“
 Prof. Dr. Peter Reichel und Erich Schaffner

17. Mai 2020, ganztägig
 Internationaler Museumstag
 „Das Museum für alle – Museen für Vielfalt und Inklusion“
 Sonderführungen

28. Mai 2020
 Jahreshauptversammlung des Fördervereins *anschließend Vortrag* von Peter Hank „Gustav Struve“

26. Juni – 6. September
Sonderausstellung „Mystische Orte“
 Europäische Fotoakademie Rastatt

23. Juli 2020, 19 Uhr
 Carl-Schurz-Vorlesung,
 Reithalle Rastatt



IMPRESSUM

Der „Rastatter Freiheitsbote“ ist das Mitteilungsblatt des Fördervereins Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

Vi.S.d.P. Inhalt / Layout: Dr. Clemens Rehm, Dr. Elisabeth Thalhofer, Martina Schinke – Texte & Bilder namentlich gezeichnet, sonst von der Redaktion.

Realisation: Xdream Werbe-Support GmbH

Förderverein Erinnerungsstätte e.V.
 c/o Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Herrenstraße 18 / Residenzschloss, 76437 Rastatt,
 foeve.freiheitsbewegungen@t-online.de,
 www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette
 Vorsitzender: Gunter Kaufmann, Prof. i.R.
 Geschäftsführer: Dr. Clemens Rehm
 Konten des Fördervereins:
 Sparkasse Rastatt-Gernsbach
 SWIFT/BIC: SOLADESIRAS
 IBAN: DE97 6655 0070 0000 1118 49
 Volksbank Baden-Baden · Rastatt eG
 SWIFT/BIC: VBRAD66K
 IBAN: DE61 6629 0000 0030 5268 05

Unterstützen Sie die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte – werden Sie Mitglied im Förderverein! (Jahresbeitrag: Einzelmitglieder 25,- €; Ehepaare/Lebensgemeinschaften 30,- €; Schüler/Studenten 10,- €)

Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V., Herrenstraße 18 (Schloss), 76437 Rastatt
 Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 85ZZ Z000 0065 5323
 Mandatsreferenz: (neu zu vergebende Mitgliedsnummer)
 SEPA-Lastschriftmandat (Wiederkehrende Zahlungen)

Ich ermächtige den Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Name / Vorname (Kontoinhaber)	Name Kreditinstitut
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Straße / PLZ / Ort (ggf. Land)	SWIFT/BIC (8 oder 11 Stellen)
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
E-Mail	IBAN (in Deutschland 22 Stellen)
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Geburtsdatum	Ort, Datum und Unterschrift

☒ Pflichtfelder – Abschnitt per Post an: Förderverein Erinnerungsstätte e.V., c/o Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Herrenstraße 18 / Residenzschloss, 76437 Rastatt, Mail: foeve.freiheitsbewegungen@t-online.de